

Bestehens begangen. Dabei sind in der imperialistisch lizenzierten Presse Berichte erstattet worden, deren wesentlicher Inhalt die Feststellung war, daß das Bonner Parlament in diesem Jahre 81 Plenarsitzungen und über 1000 Ausschußsitzungen abgehalten und Hunderte von Gesetzentwürfen und Anträgen bearbeitet und zum Teil verabschiedet habe.

Nun, mit solchen „stolzen“ Zahlen können wir ganz und gar nicht aufwarten. Wir haben während dieser Legislaturperiode insgesamt 88 Ausschußsitzungen und 21 Plenarsitzungen abgehalten, überdies ist der Ältestenrat 12 mal und ist das Präsidium 31 mal zu Beratungen zusammengetreten. Das ist alles, in Zahlen gesprochen. Wir haben auch nicht Hunderte von Gesetzen und Anträgen behandelt und verabschiedet, sondern 42 Gesetze und nur einige wenige Anträge. Aber unter diesen 42 Gesetzen sind in großer Zahl Gesetze, die für die gegenwärtige und künftige Entwicklung unseres Volkes und Vaterlandes von grundlegender und ausschlaggebender Bedeutung sind und sein werden.

Angefangen von den in den ersten Sitzungen der Provisorischen Volkskammer beschlossenen Grund- und Überleitungsgesetzen bis zu dem soeben verabschiedeten Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau, ist dem neuen Deutschland durch die gesetzgeberische Arbeit der Provisorischen Volkskammer das feste Fundament seiner friedlichen und seiner demokratischen Entwicklung bereitet worden.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle sämtliche Gesetze aufzuführen, die alle ihre Bedeutung haben, die die Volkskammer in diesem Jahre verabschiedet hat. Aber aus der Reihe der wichtigen Gesetze treten doch einige besonders hervor, die ich in dieser Stunde nennen möchte. Es sind dies das vom Ministerpräsidenten Grotewohl in der 14. Sitzung begründete Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskraft, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur ständigen Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten, das vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht in der 10. Sitzung begründete Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung, ferner die Gesetze über den Volkswirtschaftsplan 1950, über den Haushaltsplan der Regierung, über die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung, über die Erreichung der Friedenshektarerträge, über die Förderung des Handwerks, dann das Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Gesetze über den Erlass von Sühnemaßnahmen und die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei usw., das in der gleichen Sitzung der Volkskammer verabschiedete Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit, das Aufbaugesetz, das wir in der vorletzten Sitzung der Volkskammer verabschiedet haben, und nicht zuletzt die in der letzten Sitzung beschlossenen großen Gesetze der Hilfe für alte und arbeitsunfähige Bürger, für Klein- und Mittelbauern und für die ehemaligen Umsiedler.

In engem Zusammenhang hiermit stehen die in der 13. bzw. 16. Sitzung der Kammer abgegebenen Erklärungen der Provisorischen Regierung über die Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen, demokratischen Kultur und zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Intelligenz sowie zu dem hochbedeutsamen Beschluß der Regierung der UdSSR über die Herabsetzung der Reparationszahlungen Deutschlands.

Es würde zu weit führen, wenn ich in diesem kurzen abschließenden Rückblick die sonstigen Erklärungen und gemeinschaftlichen Anträge der Fraktionen aufführen würde, denen ebenfalls eine wesentliche Bedeutung zukommt. Herausgehoben mögen nur folgende Erklärungen

sein: die in der 3. Sitzung der Volkskammer vom 12. Oktober 1949 abgegebene Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl zum Programm der Provisorischen Regierung und der Entschließungsantrag aller Fraktionen zur Friedensbotschaft des Generalissimus Stalin und zu dem Beschluß der Sowjetregierung über den Austausch diplomatischer Missionen sowie die Erklärung der Regierung und der Entschließungsantrag der Fraktionen zum Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze.

Besonders hervorheben will ich weiter die geschichtlich bedeutsame Tatsache, daß die Volksvertretung der Deutschen Demokratischen Republik zusammen mit der Provisorischen Länderkammer am 21. Dezember des letzten Jahres anlässlich des 70. Geburtstages des Generalissimus Stalin eine festliche und feierliche gemeinsame Sitzung veranstaltet hat., in der die Vertretung des deutschen Volkes der säkularen Persönlichkeit des Führers der Weltfriedensfront ihren Gruß der Dankbarkeit und Verehrung dargebracht hat.

Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang davon sprechen, daß es mir in der 6. Plenarsitzung der Kammer am 17. Dezember des letzten Jahres vergönnt war, vor der Vertretung des deutschen Volkes den Bericht über die Teilnahme der Delegation der Deutschen Demokratischen Republik an der Feier des 32. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Moskau zu erstatten. Ich wiederhole aus diesem Bericht den damals gesprochenen Satz:

Wir haben die uns von Generalissimus Stalin gezeichnete Freundschaft angenommen, um sie nicht wieder loszulassen.

Die Schlußsätze meines damaligen Berichts lauteten:

Das Volk der Sowjetunion ist die geschlossenste politische und menschliche Einheit, die es in unseren Tagen in der Welt gibt. Sein Staat, sein von einem neuen Humanismus erfülltes Leben ist von keiner Macht der Welt mehr zerstörbar. Es ist gut, zu wissen, daß dieses Land und dieses Volk der Freund unseres Landes und unseres Volkes ist.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Die Gesetze, die wir in diesem Jahre verabschiedet haben, sind fast ausschließlich der Initiative der Provisorischen Regierung unserer Republik entsprungen. Wenn aber diese große Initiative der Regierung Grotewohl zu schneller und voller Wirkung geführt werden konnte, so deshalb, weil unsere Volksvertretung die ihr aus unserer neuen Zeit erwachsenen neuartigen Aufgaben richtig erkannt und verständnisvoll gelöst hat. Wenn ich glaube, dieses aussprechen zu dürfen und zu müssen, so geschieht das nicht im Sinne eines billigen Eigenlobs für dieses Hohe Haus, sondern es ist eine politisch wichtige und — so glaube ich sagen zu dürfen — geschichtlich bedeutsame Feststellung, die damit getroffen ist. Wir sind und waren kein Parlament alten Stils, das da Phrasen drischt, zum Fenster hinaus redet und die Staatsbürger mit Parteigezänk verwirrt, sondern wir haben — und ebenso hat es die Provisorische Länderkammer getan — völlig neue und wahrhaft demokratische Arbeitsmethoden entwickelt, die aus dem Geiste unserer neuen Zeit gewachsen sind. Dieser Geist ist der Geist und das Bewußtsein einer neuen Gemeinschaft unseres Volkes. Wir sind und waren weit davon entfernt, natürliche Unterschiede der Programme der diese unterschiedlichen Meinungen vertretenden Parteien zu verleugnen oder auch nur sie zu verwischen. Weit wichtiger aber als diese Tatsache ist jene andere, daß die Vertreter dieser unterschiedlichen parteipolitischen Auffassungen und Meinungen sich immer wieder in einer realen, wahrhaft demokratischen Gemeinschaft